

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Neue Linke entsteht 2007: »Mischen wir uns ein!«

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde,

die heiße Phase des Parteiebildungsprozesses hat begonnen. Nicht mal mehr ein Jahr bleiben Linkspartei.PDS und WASG noch, um gemeinsam die neue linke Partei in der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen.

Bisher musste die Vorbereitung dieses Prozesses vor allem Spezialistinnen und Spezialisten vorbehalten bleiben. Die Parteivorstände werden der Mitgliedschaft Gründungsdokumente vorschlagen. Dabei handelt es sich um programmatische Eckpunkte, den Vorschlag für einen Namen, einen Satzungsentwurf und den Entwurf einer Finanzordnung. Nun ist es an der Zeit, dass sich die Mitglieder beider Parteien in den Prozess und die Diskussion der vorliegenden Dokumente aktiv einbringen.

Denn eines ist klar: Die Bildung der neuen Partei gelingt nur dann, wenn sie von der Mitgliedschaft getragen und gestaltet wird.

Deshalb laden wir alle Mitglieder über die Entwürfe für die Gründungsdokumente der neuen Linkspartei zu diskutieren und dafür Vorschläge zu machen. Bringt eure und unsere Erfahrungen und Interessen in diesen Prozess ein!

Niemanden nützt es, wenn wir eine neue Linke in Deutschland haben, aber die Mitglieder sich nicht damit identifizieren. Deshalb brauchen wir eine breite Beteiligung der Mitglieder beider Parteien. Die Parteieubildung tritt in eine entscheidende Phase. Mischen wir uns ein!

Klaus Lederer,

Landesvorsitzender Linke.PDS Berlin

Thomas Nord,

Landesvorsitzender Linke.PDS Brandenburg

Steffen Hultsch,

1. Sprecher WASG Brandenburg

8 Euro Mindestlohn – gesetzlich garantiert!



Demo vor dem Berliner Rathaus für die Einführung eines Mindestlohns

Foto: privat

Arm trotz Arbeit – das gibt es in Deutschland immer häufiger. 36 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiten im so genannten Niedriglohnsektor. 24 Prozent prekäre Löhne, verdienen also weniger als 2163 Euro brutto im Monat (75 Prozent des Durchschnittslohns). 12 Prozent erhalten gar nur Armutslöhne. Sie verdienen also weniger als 1470 Euro brutto (50 Prozent des Durchschnittslohns).

Verhandlungen zwischen den Tarifparteien allein reichen nicht mehr aus, um dieses Problem zu beheben. Die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften reicht nicht mehr aus, um armutssichere Löhne auszuhandeln. In immer mehr Arbeitsmarktsegmenten gibt es keine Tarifbindung mehr. Und dort, wo es sie noch gibt, werden die geltenden Tarifverträge vielfach von Unternehmen unterlaufen. Einen Ausweg bietet allein ein gesetzlich garantierter Mindestlohn.

Ein solcher Mindestlohn würde die Untergrenze der Entlohnung bei jeglicher Art von Arbeit bilden. Damit würden nicht nur viele Menschen vor Armut geschützt. Auch die Kaufkraft würde gestärkt und die Binnen- nachfrage angekurbelt, was der Wirtschaft zugute käme. Die Unternehmen ebenfalls von einem Mindestlohn profitieren, weil Konkurrenz durch Sozialdumping weitgehend

ausgeschlossen wäre. Vor allem aber wäre ein Mindestlohn sozial gerecht, weil er ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich verhindern würde.

Neben den Gewerkschaften setzt sich Die Linke seit Anfang 2006 für »8 Euro Mindestlohn – gesetzlich garantiert« ein und hat in dieser Zeit zwei Initiativen im Bundestag gestartet. Das Konzept sieht einen allgemeinen Mindestlohn von anfangs 8 Euro pro Stunde vor. Bei einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden entspricht das einem Nettoentgelt von 985 Euro. Weil das immer noch nicht ausreichend ist, soll der Mindestlohn schrittweise erhöht werden, bis er bei Vollzeitarbeit ein Leben oberhalb der Armutsgrenze erlaubt. Zudem soll der Mindestlohn regelmäßig unter Einbeziehung der Tarifparteien an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden.

Im Bundestag hat dieser Vorschlag bislang kaum Resonanz gefunden. Ganz anders in der Bevölkerung: 60 Prozent der Deutschen befürworten einen Mindestlohn. Bei unseren europäischen Nachbarn, in Frankreich, Luxemburg oder Großbritannien zum Beispiel, ist er längst Normalität.

Christian Posselt
Bezirksvorstand

Neukölln gibt doch nicht auf

BVV diskutierte Jugendschutz

»Neukölln. Ein Bezirk gibt auf! hatte der Berliner Kurier Anfang Dezember getitelt. 70 Neuköllner Sozialarbeiter hatten in einem Brief an Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) und andere Behördenleiter davor gewarnt, dass sie wegen Überarbeitung, Personalmangels und zunehmend problematischer Familienverhältnisse nicht mehr sicherstellen könnten, dass es in Berlin nicht eines Tages auch zu einem ähnlichen Fall wie in Bremen kommen könnte, wo die Leiche des zweijährigen Kevin im Kühlschrank seines Ziehvaters entdeckt worden war.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hatte damit am 6. Dezember reichlich Diskussionsstoff. Rund die Hälfte aller kleinen und großen Anfragen und Anträge befasste sich mit Gewalt an Kindern, an Frauen, in Familien und unter Jugendlichen – und mit den dagegen zu ergreifenden Maßnahmen.

Die CDU nutzte die Gelegenheit zu einer



Generalabrechnung mit der SPD. Man dürfe die Alarmsignale der Fachleute nicht missachten, forderte CDU-Fraktionschef Falko Liecke. Bürgermeister Heinz Buschkowsky und der SPD warf er völliges Versagen vor und forderte sie auf, die politische Verantwortung zu übernehmen. Neuköllns neue Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne), blieb vom Zorn der CDU nur deshalb verschont, weil sie erst seit kurzem im Amt ist. Konkrete Verbesserungsvorschläge gingen im Schlagabtausch zwischen Roten und Schwarzen al-

lerdings unter, auch wenn von allen Seiten versichert wurde, dass man sich im Ziel einig sei. Es blieb der Linkspartei.PDS vorbehalten, konkrete Maßnahmen einzuleiten. Ein Antrag, der die Einstellung neuer und junger Sozialarbeiter fordert, wurde mit den Stimmen aller Fraktionen in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Neuköllner Finanznöte

Bezirk muss 8,4 Millionen Euro einsparen

Zu Beginn der BVV-Sitzung wünschte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) den Verordneten »Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr«. Dass das Jahr so gut vielleicht gar nicht wird, gestand er aber ebenfalls ein. Neukölln muss wieder erneut sparen müssen. Satt 8,4 Millionen Euro fehlen im Bezirkshaushalt für 2007. Man werde in der BVV noch schmerzliche Entscheidungen treffen müssen, so Buschkowsky. Gleichzeitig machte er aber deutlich, was er von Berechnungen von Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin hält, denen zufolge es in den Bezirken bis zu 40 Prozent mehr Personal als notwendig gibt: »Die Begleitmusik aus der Klosterstraße ist unter den gegebenen Umständen wenig hilfreich.« Bleibt zu hoffen, dass er seine Meinung nicht im Laufe des Jahres ändert.

Videoüberwachung

Rudower Spinne unter Beobachtung

Auf Antrag der CDU hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt aufgefordert, Videokameras an der Rudower Spinne aufzustellen. Die Videoüberwachung soll zunächst ein Jahr getestet werden, bevor über den endgültigen Einsatz der Kameras entschieden wird. Grüne, FDP und Linkspartei.PDS hatten gegen den Antrag gestimmt, weil sie die zunehmende Überwachung der Bürger ablehnen.

Kalenderblatt

60 Jahre Demokratie in Neukölln

Klare und überschaubare Verhältnisse herrschten in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, als sie am 13. Dezember 1946 zum ersten Mal nach Kriegsende zusammentrat. Aus den ersten und für lange Zeit einzigen freien Gesamtberliner Wahlen war die SPD in Neukölln als eindeutige Siegerin hervorgegangen. 56,4 Prozent hatten in dem Arbeiterbezirk ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten gemacht. 18,2 Prozent hatten der SED ihre Stimme gegeben, die damals in ganz Berlin angetreten war, 17,6 Prozent der CDU. Die LDP war bei dem unter teils widrigen Umständen erfolgten Urnengang auf 7,9 Prozent der Stimmen gekommen.

Gesucht und gefunden in Neukölln

Colonialwaren-Galerie für Kunst und Produkte aus dem Bezirk

Die Ladengalerie befindet sich direkt am Richardplatz. Vorgestellt werden hier Kunstwerke und Produkte aus Neukölln.

Der Richardplatz gehört zu den schönsten Ecken des Neuköllner Nordens. Das alte böhmische Dorf, die Schmiede, der Kutschbetrieb, das Denkmal Friedrich Wilhelm I., der Comeniusgarten, die Richardstraße mit den vielen Ateliers und Galerien, der Wochenmarkt am Karl-Marx-Platz sowie die Restaurants am Richardplatz, machen den Kiez zum Anlaufpunkt für Besucher und Anwohner. Im Laden wird die Vielfältigkeit der künstlerischen Aktivitäten im Bezirk gezeigt. Unternehmen und Kunstschaffende erhalten hier die Möglichkeit, sich vorzustellen, ihre Produkte zu zeigen und zum Verkauf anzubieten. Jeder Interessent erhält dazu

eine Ausstellungsfläche und eine individuelle Vorstellungskarte zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung ist kostenlos, es werden keine Werke oder Produkte für Ausstellungen erworben.

Öffnungszeiten: Di bis Fr 16 - 20 Uhr, sonntags 16.00 - 20.00 Uhr



Kommentare zum Mindestlohn: Mit dem Notizblock durch Neukölln

Hoffnung noch nicht aufgegeben

Wohl dem der richtige Arbeit hat. Ich meine Arbeit, von der man ganz normal leben kann, die einen fordert und wenn man abends nach Hause kommt, sich zufrieden zurücklehnen kann. Ich gehe putzen und das an zwei verschiedenen Stellen. Viel verdiene ich nicht, obwohl ich abends ganz schön kaputt bin. Meine Miete kann ich bezahlen und was zu essen haben wir auch, meine Tochter und ich, aber das war's dann auch schon. Sonderwünsche, wie Zoo oder auch mal Kino, sind nicht drin.

Die Hoffnung auf eine ›richtiger‹ Arbeit habe ich noch nicht aufgegeben. Ich schaue regelmäßig beim Arbeitsamt vorbei, aber Fehlanzeige. Ich habe manchmal den Eindruck, die schieben die Akten nur hin und her. Nach dem Realschulabschluss und einer Ausbildung zur Verkäuferin hatte ich noch Hoffnung übernommen zu werden, aber denkste. Da werden lieber unqualifizierte Leute mit geringem Lohn eingestellt. Nein, ich habe beim Jobcenter keinen Zuschuss beantragt, obwohl er mir bestimmt zustehen würde, aber ich lasse mich nicht bevormunden, wo und wie ich wohne und so. Außerdem bettle ich nicht um Geld, solange ich in der Lage bin zu arbeiten.

Britta G. (Anfang 30, alleinerziehend)
Neukölln, Reuterkiez

Tariflohn heißt 4,50 Euro pro Stunde

Ich habe Tariflohn, aber was sagt das schon aus? Ich arbeite beim Wachschutz und erhalte 4,50 Euro pro Stunde! Da kommt es eben drauf an, wie viele Stunden ich am Stück schaffe. Manchmal werden es schon so 12 bis 14 Stunden am Tag und das an sechs Tagen die Woche. Was anderes bleibt mir nicht übrig, um über die Runden zu kommen. Natürlich bleibt die Freizeit auf der Strecke, aber ich kann etwas sparen. Ich habe mir vorgenommen, dass ich das noch ungefähr zwei Jahre mache, dann ist Pumpe. Ich hoffe, dass ich während des einen Jahres in dem ich Arbeitslosengeld bekomme, einen anderen Job finde. Gelernt habe ich zwar nichts, aber arbeiten und zupacken kann ich. Es muss doch noch was anderes geben, als eine solche Knochenmühle. Es sei denn, auch bei uns wird ein Mindestlohn von 8 Euro festgesetzt und die Arbeitszeit tariflich geregelt. Ins Job-

center geh ich nie, mit denen will ich nichts zu tun haben. Dann arbeite ich lieber schwarz und kann machen was ich will.

Sebastian S. (28, ledig)
Neukölln, High-Deck-Siedlung

Heutiger Verdienst ist Grundlage der späteren Rente

Ich habe mein ganzes Leben gearbeitet und nun bin ich Rentner. Die Forderung nach einem Mindestlohn hier bei uns in Deutschland unterstütze ich voll und ganz. Viele denken dabei nur an das Geld was sie heute aus ihrer Arbeit mit nach Hause nehmen, aber der Verdienst in jungen Jahren hat einen entscheidenden Ausschlag auf die Höhe der Rente, die man später bekommt. Wenn ich während meiner 48jährigen beruflichen Tätigkeit immer einen Mindestlohn bekommen hätte, dann würde es uns jetzt besser gehen. Für meine Frau und mich reicht das Geld aus meiner Rente jedenfalls nicht zum Leben. Wir bekommen zwar vom Amt noch etwas Geld zur Grundsicherung, aber in meinem Alter ist es schon etwas beschämend, um Geld zu betteln. Die Lebenshaltungskosten steigen von Jahr zu Jahr, die Renten sinken real und bei den Löhnen sieht es nicht besser aus. Wohin steuern wir? Deutschland soll eines der reichsten Industrieländer sein, aber die Menschen die hier leben werden immer ärmer und die Zukunft sieht für uns nicht rosig aus.

Herbert M. (69, verheiratet)
Neukölln, Britz



Mindest- statt Armutslohn



Ein Job allein ist heute keine Garantie mehr gegen Armut: laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) haben 32 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland eine Arbeit im Niedriglohnbereich. Das heißt, sie beziehen weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns. 2,5 Mio. Menschen lagen mit ihrem Einkommen sogar unterhalb von 50 Prozent. Sie beziehen damit Armutslöhne. Viele müssen noch ergänzend Arbeitslosengeld II erhalten. Sie leben in Armut trotz einer Vollzeitarbeit.

Der Niedriglohnsektor weitet sich aus – die Gewinne der Unternehmen steigen, die Schere zwischen ›arm‹ und ›reich‹ klafft immer weiter auseinander.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten fordert ver.di daher als Einstieg einen Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde, der dann bis auf 9,00 € steigen soll, um bei einer Vollzeitbeschäftigung die Existenzsicherung gewährleisten zu können.

In zahlreichen westeuropäischen Ländern gibt es längst einen Mindestlohn. So auch in Großbritannien, dort wurde er 1999 eingeführt. Millionen Beschäftigte haben von kräftigen Lohnerhöhungen profitiert. Firmenpleiten habe es bei einem Mindestlohn von etwa 7,71 € pro Stunde kaum gegeben. Allenfalls die Gewinnsteigerungen seien leicht rückläufig gewesen. Die unabhängige Mindestlohnkommission dort zieht daher in ihrem Bericht aus dem Jahr 2005 eine positive Bilanz. »In nahezu allen unseren westlichen Nachbarländern gibt es einen Mindestlohn, warum soll das bei uns nicht funktionieren?« fragt Frank Bsirske, der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di.

Angelika Klahr
Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Gipfel der Ungerechtigkeit



Lautstarke Proteste gegen den G8-Gipfel 2005. Foto: Archiv

Acht Menschen beeinflussen das Schicksal von 6,5 Milliarden Menschen. Das ist undemokratisch, aber Wirklichkeit. Die Regierungschefs der acht mächtigsten Länder, die »Gruppe der Acht« (G8) vertreten 13 Prozent der Weltbevölkerung. Viele ihrer Entscheidungen betreffen alle – aber die wenigsten profitieren davon.

Seit den 1970er Jahren treffen sich die G8 und ihre Vorläufer regelmäßig, um Interessen abzugleichen und Strategien zu entwickeln. In den letzten Jahren sprachen US-Präsident Bush, der britische Premierminister Blair, der

französische Präsident Chirac und ihre Kollegen zum Beispiel über die »Öffnung von neuen Märkten« – den Ausverkauf öffentlicher Güter an private Konzerne – und über den »Krieg gegen den Terror« – die militärische Besetzung von Irak und Afghanistan.

Die G8-Gipfel sind weder demokratisch legitimiert noch beschlussfähig, aber sie haben schlimme Folgen. Daher haben in der Vergangenheit immer wieder Massen dagegen protestiert, wie

in Genua 2001 oder in Gleneagles 2005, wo 300 000 bzw. 250 000 demonstrierten.

Im Juni kommt die G8 nach Deutschland: nach Heiligendamm bei Rostock. Dort wird es unter anderem um »Energiesicherheit« gehen – den Kampf um arabisches Öl und russisches Erdgas. Auch hier sind Proteste geplant: Von einer Großdemo am 2. Juni bis hin zu Blockaden und einem Gegengipfel. Damit wir einer Welt näher kommen, in der 6,5 Milliarden Menschen über sich selbst bestimmen können. Neu-köllnisch wird die Vorbereitungen mit einer Serie begleiten.

Jan Maas
WASG Neukölln

Gemeinsam gegen G8

In Neukölln haben Linkspartei und WASG eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet, um möglichst viele Menschen von hier zu den Protesten zu bringen.

Am **3. Februar** organisiert die AG ein Seminar, von 11 bis 17 Uhr, um Mitglieder und Interessierte zu informieren. Die Themen sind »Die Geschichte der G8 und ihrer Gegner«, »Die Tagesordnung des Gipfel und unsere Kritik« und »Geplante Aktionen und unsere Beteiligung«.

Mehr Infos gibt es bei Jan Maas unter: 0177 - 563 00 83 oder per E-Mail: jan.maas@gmx.net

IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin, Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionsschluss: 2. Januar 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Stilles Gedenken zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Sonntag, 14. Januar 2007

ab 9 Uhr

Gedenkstätte der Sozialisten,
Berlin-Friedrichsfelde
U- und S-Bhf Lichtenberg

Bringt Blumen mit!

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

12. und 26. Januar, 17 Uhr
Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

26. Januar, 19 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionssitzung

15. und 22. Januar, 18 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BW

24. Januar, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

Junge Linke

17. Januar, 19 Uhr
Richardplatz 16

AG Bildung

11. Januar, 18 Uhr
Richardplatz 16

AG Migration

11. Januar, 18 Uhr
Richardplatz 16

AK ErwiN

Erwerbslosenfrühstück

2. und 16. Januar, 11 bis 14 Uhr

Arbeitstreffen

9. und 23. Januar, 17 Uhr
jeweils Richardplatz 16

Galerie Olga Benario

Richardstraße 104,
12043 Berlin
U-Bahn Karl-Marx-Straße (U7)

11. Januar, 19.30 Uhr

Ausstellungseröffnung: »Rosa Luxemburg – Ein Leben für die sozialistische Idee«

12. Januar, 19.30 Uhr

»Es hat die Besten der Welt bewegt« – Gedichte und Lieder aus dem spanischen Bürgerkrieg

18. Januar, 19.30 Uhr

»Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg: Mutig mit Herz und Verstand«, Referentin: Anneliese Laschitza

25. Januar, 19.30 Uhr

»Rosa Luxemburg heute: Konferenzen, Demos und Parteien unter ihrem Banner«, Diskussionsrunde

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich im Januar

Severine Freimuth

Rudolf Schimmelschmidt

Thomas Weiske

Rolf Westphal